

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Sommersemester 2004
Dozent. PD. Dr. Nils Bandelow
Seminar: Kleine Demokratien
Referentin: Anna Gosteva
Sitzung am 23. 06.2004

Ist Estland eine Verhandlungsdemokratie?

Fläche. 45.227 qkm

Einwohnerzahl. Gesamtbevölkerung: 1, 4000, davon Esten: 65,2%, andere ethnische Gruppen: Russen 28,1%, Ukrainer 2,54%, Weißrussen 1,48%, Finnen 0,9%, andere 1,9%.

Die russische Minderheit 1/3 der Gesamtbevölkerung. Ungleiche Verteilung: fast 50% Einwohner der Hauptstadt Tallinn sind ethnische Russen.

Geschichte. Kontinuierliche Eroberung des Baltikums durch Deutsche, Schweden, Dänen und Russen. Seit 1918 erste Republik. 1940 Annexion Estlands durch Sowjetunion (Ribbentrop/Molotow Pakt). Deutsche Okkupation, dann im 1944-erzwungener Beitritt in UdSSR. Massive Deportationen, Estland verliert etwa 26% der Bevölkerung. Seit 21. August 1991 Unabhängigkeitserklärung.

Wirtschaft. Politik der liberalen Marktöffnung. Die Wachstumsrate: in 1999 (Rezession) - 7,3%, Abkühlung in Jahre 2001 - 6,5%, nach einer Prognose der Nationalbank Eesti Pank soll die Wirtschaft 2004 wieder um 5,2% wachsen.

Hauptausfuhrprodukte: Maschinen, Textilien, Produkte aus Holz

Wichtige Exportpartner: Finnland: 19,2%, Schweden 13,2%, Großbritannien 10,6%, Lettland 7,4%, Deutschland 7,2% (2002)

Wichtige Importpartner: Russland 26,6%, Finnland 18,9%, Deutschland 9,2%, Schweden 8,2% (2002)

Wichtige Wirtschaftszweige: Dienstleistungen (Service und Tourismus): 66 %, Industrie(Produkte aus Holz, Maschinen, Textilien: 28 %, Landwirtschaft: 6 %.

Politisches System

Nach seiner Verfassung vom 28.06.1992 ist Estland eine parlamentarische Demokratie. Grundrechte und Gewaltenteilung sind in der Verfassung abgesichert. Der Staatspräsident ist zeremonielles Staatsoberhaupt, hat aber traditionell stärkere Befugnisse als der deutsche Bundespräsident (Initiative bei Überprüfung der Gesetze, bei möglichen Verfassungsänderungen, Verordnungen). Die Regierung unter Leitung des Ministerpräsidenten ist dem Parlament verantwortlich (Misstrauensvotum). Mit der Ernennung zum Regierungsmitglied ruht das Mandat des betreffenden Abgeordneten.

Regierung Regenbogenkoalitionen (ersten Jahre nach Unabhängigkeit), Minderheitsregierungen (1994/1995; 1997). Regierende Koalition: "Res Publica" (28 von 101 Sitzen), Reformpartei (19 Sitze) und Volksunion (13 Sitze) verfügt er über eine deutliche Mehrheit im Parlament. Größte Oppositionspartei ist die Zentrumspartei des Tallinner Bürgermeisters Edgar Savisaar (28 Sitze). Einkammerparlament - Opposition ist ziemlich unbedeutend.

Kräfteverhältnis. Kurze durchschnittliche Regierungsdauer: seit 1991 gab es 10 Regierungen

Kontinuierliche Politik: starke nationale Währung, Verringerung der Subventionen für Industrie und Landwirtschaft, Öffnung des Außenhandels, Vermeidung des Außenhandelerdefizites sowie wirtschaftliche und politische Öffnung nach Westen.

Parteienlandschaft ist ziemlich unbeständig und fragmentiert. Mehrparteiensystem. Nur 1% der Einwohner sind Mitglied einer Partei.

Die wichtigsten Parteien: Zentrumspartei, links-zentristisch, populistisch, spricht estische und nicht-estische Bevölkerung an (Oppositionspartei), Res Publica (in 2001 gegründet) - rechtskonservative Partei, Reformpartei (stellt Ministerpräsidenten) - liberale Partei, Volkunion (in Regierungskoalition)- konservative Partei, Vaterlandsunion - konservativ, moderate Volkspartei - sozialdemokratisch, vereinte Volkspartei Estlands - Partei der russischen Minderheit (nicht im Parlament), Christliche Volkspartei, Christdemokraten (nicht im Parlament). Die Konfliktlinien: Sozioökonomische, Ethnisch-linguistische.

Verhältniswahlrecht mit 5% Sperrklausel. Problem: Nicht-Esten sind von Wahlen ausgeschlossen. Letzte Entwicklung: kommunales aktives Wahlrecht für Nicht-Staatsangehörigen.

Interessenrepräsentation ist für den postsowjetischen Raum relativ gut entwickelt. Im Vergleich zu Westeuropa schwacher Korporatismus. Schwache Gewerkschaften, nur die Arbeitsgeberverbände haben Mitspracherecht (Sozioökonomische Rat).

Zentralistischer Staat 15 Kreise, 46 Städte, 207 Bezirken. Bezirksräte regeln die örtlichen Angelegenheiten. An die Kreisebene gewählte Räte. Abhängigkeit von Budget-Transfer; obwohl sie ein Teil der Einkommensteuer erhalten und die örtliche Steuern erheben können.

Änderung der Verfassung ist relativ kompliziert. Initiative liegt bei Staatspräsidenten oder bei 1/5 der Abgeordneten. In 3 Sitzungen des Parlamentes muss entschieden werden, welche Verfahren vorzuziehen wäre. Es gibt 3 Verfahren: 1) Volksabstimmung (3/5 Mehrheit der Abgeordneten) 2) in 2 Sitzungen dem Parlament (absolute Mehrheit des alten, 3/5 Mehrheit des neuen Parlamentes), 3) „dringende“ Verfahren (4/5 Mehrheit).

Überprüfbarkeit der Gesetze ist vorhanden. Initiative liegt bei Staatspräsidenten. Abteilung der Obersten Gerichtshof befasst sich mit den Verfassungsfragen.

Politische Kultur

- Vorrang der Unabhängigkeit der estischen Nation. Nation ist eine sprachlich-kulturelle Einheit, die nicht mit dem Staat gleich zu setzen ist.
- Generelles Misstrauen in staatlichen Institutionen.

Außenpolitik

- Konkurrenz mit anderen baltischen Staaten
- Politische und wirtschaftliche Anlehnung an Norden (Finnland, Schweden)
- Gespanntes Verhältnis zu Russland

Literatur

1. Beichelt, Timm, Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, die Rolle der politischen Institutionen. Opladen: Leske + Budrich, 2001
2. Lagespetz, Mikko/Maier, Konrad, 2002: Das politische System Estlands, in Ismayr, Wolfgang (Hrsg):Die politischen Systeme Osteuropas: Leske + Budrich, 69-107.
3. <http://www.auswaertiges-amt.de/www.laenderinfos/laender> ausgabe 19.06.04
4. <http://www.europa-auf-einem-blick.de/estland/> 19.06.04
5. <http://www.dialog-frieden-fairness.de/3a-politik/eu-sicherheitspolitische-situation/seit1990/parteien-estland.htm>[auswaertiges-amt.de/www/de/](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/) 19.06.04